

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Willy Brandt

Der organisierte Wahnsinn

Wettrüsten und Welthunger

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung
von Text und Bildern, auch auszugsweise,
ist ohne schriftliche Zustimmung des
Verlagsurheberrechtswidrig und strafbar.
Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung,
Übersetzung oder die Verwendung in
elektronischen Systemen.

© Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2017

Inhalt

Vorwort	9
I. Gemeinsam überleben?	21
1. Entsetzliche Widersprüche	21
2. Rascher, weltweiter Wandel	27
3. Globale Probleme – umfassende Antworten	32
4. Wessen gemeinsame Interessen?	38
5. Der gefährdete Frieden	43
6. Indiras Vermächtnis	49
II. Wenig zum Lachen	56
III. Die vielen Menschen und ihr täglich Brot	60
1. Unbefriedigende Bilanz	60
2. Mehr als zehn Milliarden?	62
3. Es könnten alle satt werden	68
4. Hunger in Afrika	73
5. Reform, Reform!	79
6. Ein Arzt auf Zehntausende?	84
7. Weltweite Anschläge auf die Umwelt	88
IV. Der Papst und die »Dimension des Bösen«	95
V. Was ändern?	99
1. Zur Sache reden!	99
2. Im Süden ist nicht jeder arm	102
3. Wessen Entwicklung?	108
4. Ein neues Bretton Woods	114
5. Erfahrungen mit einer Kommission	122
6. Cancun	127
7. Vorschläge	131
8. Diktat oder Dialog	138
9. Europa: Immer warten auf die Großen?	144

VI.	Der Skandal um IDA	149
VII.	Schulden und Heuchelei.	154
	1. Schulden über alles	154
	2. Bluttransfusion vom Kranken zum Gesunden . .	158
	3. Lateinamerika: Krise kontra Demokratie.	164
	4. Auswege?	168
	5. Handelspolitischer Dauerkrieg	174
	6. Schätze auf dem Meeresboden	180
	7. Ein neuer Marshallplan?	182
VIII.	Nicht vom Brot allein	187
IX.	Sehen ist besser als hören	193
	1. Welche Illusionen?	193
	2. Polemik reicht nicht	197
	3. Im Osten doch Neues	201
	4. Peking und Delhi	207
	5. Vertane Chancen in Mittelamerika	211
	6. Naher Osten.	215
	7. Kriegsentwicklungs-Hilfe	220
	8. Gerechter Krieg?	224
	9. Menschenrechte sind für alle da	227

Vorwort

Dieses Buch wurde vor über zwei Jahren – im Frühjahr 1985 – zu Papier gebracht. Die Entwicklung ist natürlich nicht stehen geblieben. Doch zum Besseren hat sich leider wenig verändert, manches ist noch schlimmer geworden. Also ist unsere Mitverantwortung erneut gefordert.

Ich teile die Hoffnungen derer, die sich von einem veränderten Verhältnis zwischen den Weltmächten und Blöcken – und von einer mehr als symbolischen Begrenzung der Rüstungen – vorteilhafte Wirkungen auch im Nord-Süd-Verhältnis versprechen. Auf daß die Ost-West-Konflikte nicht mehr in Teile der Welt exportiert würden, die ohnehin problembeladen genug sind. Und auf daß Waffenexporte nicht mehr eine Hauptrolle spielten und im Verhältnis zwischen den Industriestaaten (aus der Ersten und Zweiten) und deren Partnern in der Dritten Welt. Aber wer will wissen, wann es zu solcher Entlastung kommt und ob sie hinreichend große Kreise zieht?

Unverändert ist es so, daß in jedem Augenblick Kinder sterben, weil es ihnen an Nahrung fehlt – oder an Wasser oder an einfachster medizinischer Betreuung. Die Zahl der Hungernen dieser Welt liegt eher bei über als bei unter 500 Millionen. UNICEF berichtete, in zehn der afrikanischen Länder – auch in Teilen Lateinamerikas und der Inselstaaten Asiens – habe die Unterernährung weiter zugenommen. Da ist es ein schwacher Trost, daß die Weltbevölkerung wächst, während die Zahl der von Hunger Betroffenen zu stagnieren scheint. Oder daß kompetente Fachleute uns wissen lassen, international habe die Produktion von Lebensmitteln weiter zugenommen.

Dies läßt nämlich die Tatsache um so empörender erscheinen, daß Mitmenschen in großer Zahl zum Hungertod verurteilt sind in einer Welt, die jedenfalls fähig wäre, alle satt werden zu lassen. Wer wagt es noch selbstgefällig zu behaupten, „die soziale Frage“ sei nahezu gelöst? Und wer wollte noch bestrei-

ten, daß Hunger und Elend in weiten Teilen der Welt wirksamer zurückgedrängt werden könnten, wenn es gelänge, auch nur einen Teil der bisher für Überrüstung aufgewendeten Mittel für produktive Zwecke und humanitäre Aufgaben umzu lenken?

Daß die weltweiten Rüstungsausgaben mit jährlich etwa 1000 Milliarden Dollar nicht zu hoch veranschlagt sind, gehört zum Allgemeinwissen; nur ist unsere Vorstellung von dem, was eine bestimmte Menge Dollar darstellt, durch die Krise des internationalen Währungssystems erheblich erschüttert worden. Was es sagen will, daß die Verschuldung der Entwicklungsländer auf mittlerweile 1200 Milliarden Dollar angewachsen ist, beginnt allmählich in das Bewußtsein auch von Nichtexperten zu dringen. Jedenfalls ist kaum noch zu bestreiten, daß von dieser Seite her eine ohnehin aus den Fugen geratene Ordnung der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zusätzlich schweren Belastungen ausgesetzt wird.

Der Schuldendienst nimmt einen immer größeren Teil von Exporterlösen der Entwicklungsländer in Anspruch. Er bewirkt, daß seit einer Reihe von Jahren mehr Finanzmittel vom Süden in den Norden – vom Patienten zum Arzt! – als in die umgekehrte Richtung fließen; diesen Widersinn erfuhr sogar das überwiegend bettelarme Afrika. Die »öffentliche« Entwicklungshilfe der Industrieländer hat hingegen – vorsichtig formuliert – nicht mehr zugenommen.

Daß eine umfassende Entschuldungshilfe – durch Forderungsverzichte, Moratorien, Umschuldungen, Begrenzungen des Schuldendienstes – auch im Interesse der Gläubigerstaaten unabweislich geworden ist, gehört zu jenen auf den ersten Blick unangenehmen Tatsachen, denen man vielerorts nicht gern ins Auge schaut. Währungsfonds und Weltbank in Washington haben – spät und zögerlich – einige der ihnen früher gemachten Vorschläge aufgegriffen. Manche der großen Geschäftsbanken haben erkannt, daß ihnen mehr Flexibilität selbst am besten bekommt. Auf dem sogenannten Weltwirtschaftsgipfel in Venedig 1987 hat Japan, das wegen seiner aggressiv-erfolgreichen Handelspolitik unter Druck geraten war, in Aussicht

gestellt, im Rahmen eines Dreijahresprogramms mehr Mittel zugunsten von Entwicklungsländern zur Verfügung stellen zu wollen. Andere Regierungen kündigten an, sie wollten dem Beispiel nacheifern. Aber ob sie das auch tun? Ob das reicht? Und ob überhaupt etwas daraus wird?

Auf der Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (in Washington, Frühherbst 1987) war noch immer keine hinreichend ausgeprägte Bereitschaft zu erkennen, sich der drückenden Schuldenkrise mit Energie und Weitblick anzunehmen. Mehrfach kam es dann schon zu Fällen von zeitweiligem Zahlungsboykott. Über eine durchgreifende Entlastung konnte man sich nicht einmal zugunsten der ärmsten Länder verständigen.

Bisher kein Gespräch, auf hinreichend hoher Ebene, über die Zusammenhänge zwischen Überrüstung und Unterentwicklung. Statt dessen ein annäherndes Einschlafen zwischenstaatlicher Nord-Süd-Verhandlungen bei den Vereinten Nationen und in anderem »multilateralen« Rahmen. Wo aber Bilateralismus das Feld beherrscht, hat der Schwache an seiner Schwäche doppelt zu tragen. Ein kleiner Lichtblick tat sich auf, als auf der Genfer UNCTAD-Konferenz von Juli–August 1987 ein, verglichen mit den Jahren zuvor, sachlicherer Meinungsaustausch zwischen den Vertretern von Entwicklungs- und Industrieländern geführt werden konnte. Dort zeichnete sich auch die Möglichkeit ab, daß der geplante Gemeinsame Rohstoff-Fonds doch noch Wirklichkeit werden könnte; er hatte seit 1984 in Funktion sein sollen. Seither waren viele der armen Länder durch wiederholten schweren Preisverfall sehr hart in Mitleidschaft gezogen worden.

Wer internationale und mitmenschliche Verantwortung spürt, muß darauf drängen, daß sich die Regierungen der unterschiedlichen Länder auf einen Prozeß geordneter und zukunftsorientierter Verhandlungen einlassen. Vor allem möchte ich – deutlicher als noch vor ein paar Jahren – um Unterstützung dafür bitten, daß wir den Regierenden sagen: Frieden und Entwicklung müssen endlich in *dem* Zusammenhang betrachtet und behandelt werden, in dem sie objektiv zueinander stehen. Diese

Interdependenz, lange verkannt, darf nicht länger unterbelichtet bleiben; nicht selten wurde sie ja sogar geleugnet. Und auf keinen Fall darf die Möglichkeit außer acht gelassen werden, bei künftigen Abkommen über Rüstungsabbau sich darum zu bemühen, daß *ein Teil* freiwerdender Mittel zugunsten entwicklungspolitisch und weltwirtschaftlich nützlicher Zwecke umgelenkt werden kann.

Eher mit als ohne Arroganz wird von einigen Seiten in Abrede gestellt, daß sich überhaupt die Chance bieten könnte, durch internationale Vereinbarungen dafür zu sorgen, daß Ressourcen für produktive statt für militärische Zwecke nutzbar gemacht werden. In der Sprache der Auswärtigen Ämter – und anderer, die das Thema erstmal vom Hals haben möchten – heißt es dann: Es erleichtere die Diskussion zweier komplexer Themen nicht, wenn man sie miteinander verbinde. Ja, was aber nun, verehrte Hinhalte-Redner (auch vorgesetzte Minister), wenn die Themen zwar komplex, aber eben doch miteinander verbunden *sind*?

Richtig ist der Hinweis, daß man von Abrüstungsschritten keine automatische Ersparnis erwarten darf. Bei den chemischen Waffen scheint es sogar so zu sein, daß es weniger kostet, sie zu produzieren, als sie der Vernichtung anheimzugeben. Man sagt uns auch, durch geschichtliche Erfahrung sei zwar erwiesen, daß Krieg zumeist Hunger nach sich ziehe, doch der umgekehrte Zusammenhang erscheine eher konstruiert. Ich gehöre zu denen, die da entschieden anderer Meinung sind. Doch kann es einen nicht froh stimmen, in solchen Zusammenhängen recht zu bekommen.

In der internationalen Debatte war bisher vorwiegend von Interdependenz in einer viel allgemeineren Form – d.h. ohne direkte Verbindung mit dem Schicksal der Entwicklungsländer – die Rede. Bei Expertengesprächen, auch im Rahmen der Vereinten Nationen, ist zutreffend festgestellt worden, daß es bei einer Umstellung von militärischer auf zivile Produktion zwar Probleme gäbe, eine solche »Konversion« aber keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten würde. Inzwischen mehrten sich die Stimmen derjenigen Sachkundigen, die im einzelnen

nachwiesen, daß das Ausmaß der Rüstungsausgaben eine erheblich mitwirkende Ursache bildete bei den krisenhaften Verwerfungen, mit denen wir es auf weltwirtschaftlichem Gebiet zu tun haben.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat vielen deutlicher werden lassen, wie sehr auch die wirtschaftlich stärksten Nationen dem Druck der Rüstungsausgaben ausgesetzt sind. Der Rüstungswettlauf mit seinen wirtschaftlich ruinösen Folgen kann kaum schrankenlos weitergehen, auch wenn rein technisch die Möglichkeit gegeben ist, immer neue, verfeinerte Systeme der Abschreckung und gegebenenfalls Vernichtung zu entwickeln. Der gesellschaftliche Reichtum läßt sich auf die Dauer nicht mehrfach verwenden.

Wenn sich die beiden nuklearen Weltmächte zum erstenmal auf den Abbau und die Verschrottung einer wichtigen Kategorie von Massenzerstörungsmitteln verständigen und weiterreichende Verhandlungen über militärische Stabilität ins Auge fassen, kann sich dies gewiß auch auf Erörterungen im weiteren internationalen Rahmen vorteilhaft auswirken. Wenn die Führungsmächte der hauptsächlichen Blöcke über den Ost-West-Konflikt hinausreichende, verwandte oder sogar gemeinsame Interessen entdecken, wird dies einem wiederbelebten Nord-Süd-Dialog, der dieser Bezeichnung gerecht wird, mit einiger Sicherheit zugutekommen.

Ein ernsthafter Abbau von Ost-West-Spannungen, oder mindestens deren Eindämmung, würde jedenfalls die Chance dafür verbessern, daß verschiedene regionale Konflikte entschärft werden könnten, statt das Risiko des Umschlagens in eine internationale Eskalation in sich zu bergen. Ähnliches gilt für Art und Ausmaß der Waffenexporte in Länder der Dritten Welt. Auf beiden Gebieten hat es Fühlungnahmen zwischen Washington und Moskau gegeben. Sie haben noch nicht weit geführt, aber das kann sich ändern.

Inzwischen wissen wir, daß die Waffenexporte aus den Industriestaaten leicht rückläufig sind. Zum Teil deswegen, weil sogar ölfördernde Staaten im Nahen Osten gezwungen waren, aufs Geld zu sehen. Und weil es inzwischen einige durchaus

potente Rüstungslieferanten aus dem großen Kreis derer gibt, die sich nur mit Hilfe qualifizierender Fußnoten zur Dritten Welt zählen lassen.

Im Spätsommer '87 waren 128 Regierungen auf einer Sondertagung der Vereinten Nationen in New York vertreten, auf der sie über Rüstung und Entwicklung Meinungen austauschen ließen. Die Beratungsergebnisse blieben bescheiden. Sie waren auch dadurch negativ vorbelastet, daß die Regierung der USA – die auch sonst internationale Verpflichtungen abzubauen geneigt war – der Konferenz fernblieb.

Hier ergab sich eine eigenartige Verkehrung der Fronten: Jahrelang hatte die sowjetische Führung so getan, als gebe es im Verhältnis zu den Entwicklungsländern eine Verantwortung allein des *westlichen* Teils des (industrialisierten) Nordens. Inzwischen war im Osten eine differenziertere Sicht der Dinge zu beobachten – jetzt zog sich Washington zurück. (Die erwähnte Verwirklichung des Gemeinsamen Rohstoff-Fonds wäre einer veränderten Haltung der Moskauer Führung zuzuschreiben.) Gerade auch in östlichen Veröffentlichungen – nicht zuletzt in Darlegungen des führenden Repräsentanten der Sowjetunion – findet man seit einiger Zeit deutliche Hinweise auf den schädlichen Zusammenhang zwischen Überrüstung und Unterentwicklung. Es braucht nun nicht mehr ausgeschlossen zu werden, daß diese Thematik doch in die Ost-West-Erörterungen Eingang finden könnte.

Freilich sollte man sich nicht darüber wundern, daß dem größeren Teil der Menschheit die europäische oder eine pure Ost-West-Sicht der Probleme eher fremd ist. In der Dritten Welt blieb das Vorstellungsvermögen hinsichtlich dessen, was ein Dritter Weltkrieg bedeuten würde, unterentwickelt; auf der Ebene der Konflikte »darunter« fehlt es nicht an eigenen Erfahrungen. Die Entwicklungsländer haben in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg unter den seither ausgetragenen oder noch andauernden Dutzenden von Kriegen und Bürgerkriegen mit »nur« konventionellen Waffen schwer zu leiden gehabt: seit 1945 weit mehr als 20 Millionen Tote als Opfer von militärischen Konflikten, an denen 41 Länder direkt beteiligt waren.

Vergessen wir nicht: Während die meisten Bürgerkriege in der Dritten Welt direkt aus unterdrückerischen Verhältnissen geboren werden, sind nicht wenige der militärischen Konflikte eine *indirekte* Folge davon. Sie sind ja von altersher ein beliebter Ausweg für zu Hause gefährdete Machthaber. Ein Teil der Konflikte sind Stellvertreter- oder Interventionskriege der größeren Mächte, nicht nur der beiden ganz großen. Von Ausnahmen abgesehen, die von tatsächlicher Befreiung handeln, ist den meisten dieser Bürgerkriege und Kriege gemeinsam, daß sie Hunger und Not, Unterdrückung und Entrechtung nicht abbauen, sondern häufig das genaue Gegenteil zuwegebringen. So erhält sich dann der Boden, auf dem neue blutige Auseinandersetzungen gedeihen.

Seien wir uns hierüber im klaren: Vielen derer, die sich gegen elende, unterdrückerische, Bürgerkrieg und Krieg fördernde Verhältnisse wehren und auflehnen, war und ist ihr Kampf nicht *deshalb* problematisch, weil er den Konflikt zwischen Ost und West verschärfen und unter Umständen sogar in einen ganz großen Krieg münden könnte. Diese Sorge liegt den aus Verzweiflung Agierenden meist fern. Und es wäre billig, hierüber von oben herab zu urteilen – so sehr wir meinen, gelernt zu haben, daß der Friede zwar nicht alles ist, aber ohne Frieden alles andere nichts.

Trotz aller Warnungen, nicht zuletzt aus den Reihen der Wissenschaftler: In den vergangenen Jahren hat sich die Rüstungspirale auf der Ost-West-Ebene noch immer mehr und schneller gedreht. Nicht zuletzt wegen der Unberechenbarkeit menschlichen oder technischen Versagens erhöhte sich objektiv die Gefahr für die Zukunft der Menschheit, ohne daß sich an der grundsätzlich prekären Gleichgewichtslage zwischen Ost und West etwas geändert hätte. Der Versuch, Sicherheit gegeneinander zu errüsten, brachte beiden Seiten im Ost-West-Konflikt nicht *weniger*, sondern noch *mehr* Unsicherheit. Unablässig steigerten sich Drohung und Gegendrohung und verstärkten die Tendenz zu weiterer Rüstung.

Ich bin auf der Seite derer, die seit geraumer Zeit sagen: Die Strategie der Abschreckung sollte zurückgeführt und möglichst

bald ersetzt werden durch ein Konzept der *Gemeinsamen Sicherheit* – wie es eine unabhängige internationale Kommission unter Vorsitz des unvergessenen Olof Palme entwickelte. Und warum nicht endlich die Einsicht in Politik umsetzen, daß künftig keine Seite wesentlich sicherer sein kann als der potentielle Gegner? Daß also jede Seite im eigenen Interesse mit in Rechnung zu stellen hätte, wie sich die Sicherheit des Gegenüber aus dessen Sicht darstellt. Und dies gilt dann gewiß nicht allein in bezug auf die unmittelbar militärischen Kategorien.

Die Schuldenkrise der Dritten Welt gilt jedenfalls zu einem Viertel als durch Rüstungsimporte bedingt. Ich erwähnte, daß die Importe von Waffen durch Staaten der Dritten Welt zurückgegangen sind; vermutlich werden sie den für 1982 festgestellten Höhepunkt nicht mehr erreichen. Auf der anderen Seite müßte jedoch allen Berechnungen über das Ausmaß der Rüstungen jene Belastung hinzugefügt werden, die sich daraus ergibt, daß viele der besten Köpfe, vor allem in den Industrieländern, in der Erforschung und Entwicklung neuer Waffen beschäftigt sind. Eine grobe Schätzung besagt: ein Fünftel aller Wissenschaftler und Techniker der Welt sind seit Jahr und Tag in die militärische Forschung und Entwicklung eingespannt.

Ob sich wohl die Erkenntnis durchsetzt, daß Friede mehr ist als Nicht-Krieg? Es geht doch nicht nur um das Schweigen der Waffen, sondern auch um den Prozeß, in dessen Verlauf Gewalt ab- und Gerechtigkeit zunimmt. Friedenspolitik muß Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen herausfinden, den antagonistischen *Systemgegensatz* – wo immer dies möglich ist – in eine friedliche, an Regeln gebundene *Systemkonkurrenz* überführen. Sie muß, auch auf internationaler Ebene, dahin wirken, daß die Menschen Arbeit haben und daß sie nicht zu hungern brauchen.

Die Idee der Gemeinsamen Sicherheit taugt gewiß *nicht nur* im Ost-West-Zusammenhang und nicht allein für den industrialisierten Norden der Welt. Gemeinsame Interessen auch im nicht-militärischen Bereich, nämlich zugunsten einer zukunfts-

orientierten Zusammenarbeit herauszuarbeiten, war denn auch ein wesentliches Element dessen, worauf sich vor einem knappen Jahrzehnt die Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen unter meinem Vorsitz konzentrierte. Dar- aus wurden ein Bericht und ein Ergänzungsbericht, auf die sich viele bezogen haben. Die Zeit war im übrigen nicht reif, aber das mag sich ändern.

Den meisten Entwicklungsländern ist, wie auch das Ausmaß von deren Überschuldung zeigt, der Versuch einer Imitation der Industrieländer schlecht bekommen. Entwicklungspolitik, die auf ein Nachahmen der Industrieländer und im Interesse von deren Wirtschaft angelegt ist, hat sich als wenig hilfreich, nein, als überwiegend schädlich erwiesen. Die Weigerung, fremde Modelle ungeprüft zu übernehmen, kann umgekehrt zu etwas führen, was einer zweiten Phase der Entkolonialisierung gleichkommt. Jedenfalls: Partner im sogenannten Süden sollten mit Hilfsbereitschaft statt mit Behinderungen rechnen können, wo sie eigene Wege suchen, eigene Rohstoffe zu fertigen Produkten verarbeiten, mit eigenen Ressourcen ihre Energieversorgung aufbauen, zu ihren eigenen Formen ertragreicher Landwirtschaft finden, über einen wachsenden Binnenmarkt die Grundbedürfnisse zu befriedigen suchen und ein durch sie zu finanzierendes Gesundheitswesen aufbauen. Dies müßte gerade auch dort gelten, wo sie sich auf den Weg begeben oder schon begeben haben, der ökologischen Zerstörung Einhalt zu gebieten.

Seit langem sagen Fachleute, »geistige Hilfe« – zur Alphabetisierung, zu verbesserter Ausbildung, zur sinnvollen Übertragung von Erfahrungen – werde für geraume Zeit von entscheidender Bedeutung bleiben. Doch daneben muß die materielle Hilfe vervielfacht werden, um den Teufelskreis einer sich reproduzierenden Armut zu durchbrechen. Hier ist also von Geld die Rede, aber die Alternative dazu kostete mehr.

Geld in die Entwicklung geben, das sonst in noch mehr Rüstung ginge oder das durch Rüstungsabbau frei würde – das ist vernünftig und notwendig. Die Staatengemeinschaft kann sich dazu durchringen, wenn viele Regierungen – zusätzlich zu

eigener Einsicht – den Druck einer aufgeklärten öffentlichen Meinung zu spüren bekämen. Wenn es in *die* Richtung ginge, von der hier die Rede ist, würde dies nicht weniger, sondern mehr Sicherheit bedeuten. Denn ohne Zweifel: viel von der Unsicherheit in der Welt steht in mittelbarem, wo nicht unmittelbarem Zusammenhang mit den krassen Unterschieden zwischen reichen und armen Völkern; unerträgliche Ungerechtigkeit und Massenhunger sind die Wurzel dieses Teils von Instabilität und Konfliktgefahr. Eine Begrenzung dessen, was als Verteidigungsausgaben figuriert, und die Verwendung eines Teils der eingesparten Mittel für Vorhaben sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, würde sich auf die Sicherheit in der Welt und auf das Wohlergehen der Menschheit nur vorteilhaft auswirken können. Für nicht wenige Menschen könnte dies auch einen Funken Hoffnung auf eine erträglichere Zukunft bedeuten.

Schon mit einem Zwanzigstel, also fünf Prozent dessen, was jährlich weltweit für Militärausgaben aufgewendet wird – das wären nach dem gegenwärtigen Stand etwa 50 Milliarden Dollar – könnte in einem Mehrjahresprogramm der Massenhunger in den besonders notleidenden Regionen der Welt überwunden, könnte auch wirksamer gegen die Umweltzerstörung vorgegangen werden. Mit wenig mehr als dem weltweiten Militäraufwand eines einzigen Tages ließe sich beispielsweise – im Rahmen eines Zehnjahresprogramms – sauberes Trinkwasser für die meisten Menschen zur Verfügung stellen.

Es fehlt nicht an der Skizzierung ehrgeiziger Programme. Zum Beispiel hat man vorgeschlagen: in allen entwickelten Staaten sollten die Ausgaben für militärische Zwecke um ein Fünftel gesenkt werden. Die Hälfte davon könnte für gesundheitspolitische und soziale Zwecke im *eigenen* Land verwendet werden; die anderen zehn Prozent würden für *Auslandshilfe* zur Verfügung stehen. Meine Freunde im Deutschen Bundestag haben ein viel bescheideneres »Zukunftsprogramm Dritte Welt« vorgeschlagen: Mit einer Minderung der Rüstungsausgaben um nur zwei Prozent ließen sich jährlich immerhin fünfzehn Milliarden Dollar mobilisieren. Über ein Vorhaben dieser Art hat

Einvernehmen auch in einer Arbeitsgruppe mit Kollegen aus der Sowjetunion erzielt werden können. Dabei blieb offen, ob die Mittel durch eine prozentuale Kürzung der Militärausgaben oder durch einen Anteil am Nationaleinkommen (oder Brutto-Sozialprodukt) aufzubringen wären. Wichtig ist jedenfalls, daß von Anfang an die Beteiligung beider Weltmächte an so etwas wie einem »Internationalen Solidaritätsfonds« sichergestellt sein müßte. Beispiele für die nützliche Verwendung solcher Mittel gäbe es viele. Entscheidend ist meines Erachtens das Wachrufen des moralischen Imperativs: Nicht ruhig und untätig bleiben beim Wissen darum, daß in jedem Augenblick ein Kind verhungert – in einer Welt, deren Menschen dies verhindern könnten!

Allerdings kann wohl kein Zweifel daran sein, daß eine Umlenkung von Mitteln, die sonst weiterer Rüstung dienten, sehr schwerer durchzusetzen sein würde, falls sie nicht auch dem eigenen Land zugute käme. Selbst in den relativ wohlhabenden Ländern gibt es zahlreiche öffentliche Aufgaben, die wegen fehlender Mittel bisher nicht berücksichtigt wurden und angepackt werden konnten. Also werden wir realistischerweise davon auszugehen haben, daß freigesetzte Ressourcen nur zu *einem Teil* für den Kampf gegen Hunger und Elend in *anderen* Teilen der Welt zur Verfügung stehen würden.

Auch wird man damit zu rechnen haben, daß die öffentliche Meinung in *unserem* Teil der Welt kritische Fragen stellt, die sich auf die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer beziehen. Da heißt es zum Beispiel: Wie kommen eigentlich *wir* dazu, für die Kapitalflucht aus dem Land X oder Y geradezustehen? Oder: Sollen wir alles mitfinanzieren, was an immer noch weiterer Militarisierung der Dritten Welt vor sich geht?

Nein, ich meine, das sollten wir nicht, und wir bräuchten dazu auch nicht zu schweigen. Doch gilt es, sich zugleich daran zu erinnern, was an dieser Militarisierung nicht »hausgemacht« ist, sondern was sich als ein Ergebnis nahezu aufgezwungener Waffenimporte herausstellt. Daß die hochverschuldeten Länder zu Nettozahlern an die relativ reichen wurden und daß transnationale Gesellschaften aus den Entwicklungsländern nicht sel-

ten mehr herausholen als diesen selbst zugutekommt, kann bei einer solchen Betrachtung gewiß nicht außer Betracht gelassen werden.

Man kann nicht bestreiten, daß es klüger ist, in die Zukunft zu investieren, als vor den künftigen Folgen von andauernder ökonomischer Misere und ökologischer Ausbeutung schon im Vorfeld zu kapitulieren. Der nicht mehr neue Gedanke, einen Teil von Volkseinkommen, der durch Rüstungsabbau frei würde, zum Kampf gegen jenes Elend einzusetzen, das der Unterentwicklung entspringt, ist von einer bestechenden Einfachheit; seine Verwirklichung macht das offensichtlich nicht leichter. Noch gibt es jedoch die Chance zur Umkehr von einem Kurs, der weder dauerhafte Sicherheit schafft noch die Hungernden satt werden läßt.

Seit einer Reihe von Jahren wird nun unsere Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Zukunft der Menschheit nicht durch Überrüstung und Atomkrieg allein gefährdet ist, auch nicht nur durch die Verelendung ganzer Völker und Regionen, sondern nicht zuletzt durch die Zerstörung der Umwelt. Durch Raubbau an der Natur. Auch durch eine Bevölkerungsexplosion, welche zu den natürlichen Lebensgrundlagen in keinem Verhältnis steht. Eine von den Vereinten Nationen eingesetzte Kommission unter Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland hat zur Problematik Umwelt und Entwicklung einen Bericht unter dem Titel »Unsere gemeinsame Zukunft« vorgelegt, der viel Beachtung verdient. Die englische Originalfassung wurde im Mai 1987 veröffentlicht, inzwischen liegt auch die deutsche Fassung vor.

Gemeinsame Sicherheit – im engeren und im weiteren Sinne – gehört auf die Tagesordnung all derer, die es mit der Verantwortung vor ihren Mitmenschen ernst meinen. Das Ende eines globalen kompromißlosen Gegeneinander bleibt die Voraussetzung dafür, daß es über ein Nebeneinander hinaus ein Miteinander noch geben wird. Damit es weiterhin Geschichte gibt!

Unkel am Rhein, im Herbst 1987

I. Gemeinsam überleben?

1. Entsetzliche Widersprüche

Die meisten von uns haben keine Ahnung, auf einen wie alarmierenden Rekord die Menschheit 1985 losmarschiert. Wahrscheinlich werden weltweit eine Billion, also eintausend Milliarden Dollar für militärische Zwecke unterschiedlicher Art ausgegeben. Das sind beim gegenwärtigen Wechselkurs über dreitausend Milliarden Mark. Und das heißt, zwölf Nullen hinter der Drei: DM 3 000 000 000 000.

Wenn man diesen gewaltigen Aufwand an Mitteln umrechnet, heißt das: Jede Minute – tagaus, tagein, feier- wie wochentags – werden von den Staaten dieser Welt an die sechs Millionen Mark in die Rüstung gesteckt oder für andere militärische Ausgaben aufgewendet.

Und gleichzeitig sollten wir wissen: Jede Minute sterben an die 30 Kinder im Alter unter fünf oder sechs Jahren, weil sie nicht genug zu essen bekommen. Oder weil es für sie kein sauberes Wasser gibt. Und weil ihnen jede medizinische Versorgung versagt bleibt.

1974 wurde das hehre Ziel verkündet, im Laufe eines Jahrzehnts es dahin zu bringen, daß kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen müsse. Es war unmittelbar nach den damaligen Hungerkatastrophen in der Sahelzone und in Bangladesch. 1984 rechnete man bei UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, mit täglich 40 000 Toten unter den Kindern der erwähnten Altersgruppe.

Die jüngste, ostafrikanische Katastrophe hat viele wachgerüttelt durch erschütternde Fernsehbilder, die doch nur einen Ausschnitt aus der schrecklichen Wirklichkeit vermitteln. Alle sollten wissen, was uns die Experten sagen. Die Welt erzeugt heute und verfügt über genug Nahrungsmittel, daß alle Menschen satt werden könnten.

Ich meine: Auch wenn es keinen anderen, die mitmenschliche Verantwortung herausfordernden Widerspruch gäbe als diesen – daß Millionen Kinder verhungern, während sie mit einem Bruchteil der für Überrüstung verwendeten Mittel gerettet werden könnten –, er müßte uns aufbegehren lassen. Und wir sollten uns nicht gleich wieder mit staatsmännisch aufgeputztem Unfug abpeisen lassen.

Doch ist wohl zu erkennen, daß – gewiß in recht unterschiedlichen Ausdrucksformen, die sich aus den Kulturkreisen und ihren politischen Ordnungen ergeben – die Zahl derer zunimmt, die den Widersinn und das schreiende Unrecht erkennen. Vermeidbarer Massenhunger *ist* schreiendes Massenunrecht. Und Systeme – ob national oder international – verdienen angeprangert zu werden, wenn sie unfähig sind, schreiendes Unrecht zu überwinden und böse Gefahren für die Menschheit abzuwenden. Für viele, zumal junge Menschen bedeutet es Gewissensnot ansehen zu müssen, daß der Hunger unendlich vieler einzelner in weiten Regionen der Welt andauert, obgleich er mit einem kleinen Teil der Mittel behoben werden könnte, die für immer noch mehr militärische Aufwendungen in Anspruch genommen werden. (An dieser Argumentation ändert sich nichts, wenn die Schätzung der Rüstungsausgaben etwas zu hoch geraten oder hinter der Wirklichkeit sogar noch zurückbleiben sollte.)

Vor wenigen Jahren stellte ein inzwischen verstorbener asiatischer Freund die Frage nach der Rangordnung der Probleme auf seine Weise: Warum Präsident Kennedy an die Wissenschaftler seines Landes appelliert habe, sie möchten sich nicht damit begnügen, die (damals wissenschaftlich verstandene) Herausforderung durch den sowjetischen Sputnik anzunehmen? Warum Kennedy die Aufgabe gestellt habe, einen Amerikaner auf dem Mond landen zu lassen? Und warum die Wissenschaftler gebeten hätten, man möge ihnen zehn Jahre Zeit und zwanzig Milliarden Dollar geben? Mein nepalesischer Freund B.P. Koirala, der die Gefängnisse seines Landes noch besser kannte als den Regierungssitz und dessen Kehlkopfkrebs ihn leiser, doch nicht weniger eindringlich fragen ließ, wollte wis-

sen, weshalb nicht fünfzig Milliarden zu mobilisieren sein sollten, mit deren Hilfe weltweit die schlimmste Armut zu besiegen sein würde.

Es geht jetzt nicht um die Einzelheiten, sondern um den Grundgedanken, und der ist goldrichtig; auch die Methode, sich auf die Umschichtung von zunächst zehn oder auch nur fünf Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben zu konzentrieren. Und dabei klarzumachen, daß und wie sehr dies auch im Interesse der reicheren Länder und der bessergestellten Teile der Menschheit läge. Aber gewiß erscheint es vielen Regierungsleuten in West und Ost, in Nord und Süd noch – wie lange noch? – abwegig, die Rüstungsausgaben um einen bescheidenen Prozentsatz zu senken und diese Mittel für produktive Zwecke umzulenken. Und zwar, um Aufgaben zu finanzieren, deren Erfüllung dem Gebot der Solidarität oder Nächstenliebe ebenso entspräche wie dem wohlverstandenen Eigeninteresse – auch dem längerfristigen Sicherheitsinteresse! – jener Staaten, die von der bescheidenen Umschichtung vor allem betroffen wären.

Neuerdings ist von hervorragenden, wenn auch nicht durchweg konservativen Fachleuten zu hören: Nur durch das Umlenken von Mitteln, die durch Rüstungshaushalte in Anspruch genommen werden, könne die internationale Finanzkrise überwunden werden. Ich habe in den letzten Jahren schon wiederholt darauf hingewiesen (und mich auch durch amtlichen Spott nicht davon abbringen lassen), daß die maßlose rüstungspolitische Mittelverschwendung in hohem Maße zu den derzeitigen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten beigetragen hat. Noch deutlicher: Wettrüsten hemmt die Entwicklung der Weltwirtschaft.

Doch nicht nur die ökonomischen Folgen, auch die sonstigen inhaltlichen Zusammenhänge wurden lange verkannt. Ich erinnere mich einer Diskussion im Frühsommer 1978 in Berlin, zu der das Aspen Institut eingeladen hatte. Ich erörterte die für die meisten meiner ansonsten sachkundigen Zuhörer ungewohnten Zusammenhänge zwischen Rüstung und Entwicklung und hatte mich über Mangel an Aufmerksamkeit nicht zu beklagen. Doch dann brach es aus einem von mir besonders geschätzten

Teilnehmer hervor: Rüstungskontrolle sei ein so schwieriges Thema, daß ich es durch Vermengung mit »Fragen der Entwicklungshilfe« nicht noch weiter komplizieren möge... Ich habe diesem Rat nicht folgen können.

Inzwischen hat die Neigung, Ost-West und Nord-Süd – außer in »strategischen« Fragen – schön säuberlich auseinanderzuhalten, ein wenig abgenommen. Dem Hinweis, daß den Nord-Süd-Beziehungen eine neue Dimension im Ringen um den Weltfrieden zugewachsen sei, wird nicht mehr gar so verständnisarm widersprochen. Auch hat die Zahl derer zugenommen, die einräumen, daß Massenelend und extreme Unterentwicklung zu *der* großen sozialen Herausforderung unserer Zeit geworden sind. Mit solchen Einsichten allein ist zwar noch nicht viel gewonnen. Doch vernünftiges Handeln setzt simple Einsichten voraus.

Wo Massenhunger herrscht, kann von Frieden nicht die Rede sein. Wer den Krieg ächten will, muß auch das Massenelend bannen. Moralisch macht es keinen Unterschied, ob Menschen im Krieg getötet werden oder ob sie zum Hungertod verurteilt sind. Für die internationale Gemeinschaft – im doppelten Sinne von besorgten Bürgern und verantwortlichen Regierungen – gibt es neben dem Eindämmen der Rüstungen keine wichtigere Aufgabe, als Massenhunger und anderes vermeidbares Elend zu überwinden.

Wir dürfen uns durch die gigantischen, kaum noch faßbaren Zahlen nicht blenden oder lähmen lassen. Die mitmenschlich-moralische Herausforderung bemißt sich im übrigen nicht danach, ob die Summe menschlichen Elends noch etwas größer ist als die bekannten Schätzungen oder etwas kleiner, sondern allein nach der Möglichkeit, hungernde Mitmenschen satt zu machen. Wir sollten endlich einsehen, daß Solidarität mit denen, die es so viel schlechter haben, auch geeignet ist, Partner in einer Welt zu gewinnen, die Zusammenarbeit braucht; dies gilt nicht zuletzt für die Wirtschaft.

Die großen runden Ziffern lassen die vielen menschlichen Einzelschicksale leicht zur Statistik erstarren. Die astronomischen Zahlen überfordern unser Fassungsvermögen. Ich erinnere

mich, wie sehr im Krieg und unter der Gewaltherrschaft der Sinn für das Ausmaß der Opfer – die Zahl der Gefallenen, Ermordeten, Eingesperreten, Vertriebenen – in Gefahr war, verlorenzugehen oder sich gar nicht erst einzustellen. Churchill hat einmal gesagt: Wenn ein Mensch stirbt, ist es eine Tragödie; wenn 100 000 sterben, ist es Statistik. Wir vermögen uns leichter mit einer kleinen Zahl zu identifizieren, zumal wenn sie aus einer uns vertrauten Umgebung kommt. Millionenfache Opfer werden zu etwas Abstraktem; man findet den Vertrauten unter ihnen nicht wieder. Eine Null mehr oder weniger sagt uns nicht viel.

Doch es hilft nichts. Wir müssen uns mit dem vertraut machen, was in den großen Zahlen steckt. Wir müssen versuchen, uns (und anderen) klarzumachen, was sich dahinter verbirgt: 450 bis 500 Millionen Menschen sind nach vorsichtigen Berechnungen unterernährt oder leiden an chronischem Hunger. Es ist ein schwacher Trost, daß die Zahl vor fünf Jahren noch etwas höher lag; in dem Anfang 1980 vorgelegten Bericht der von mir geleiteten Nord-Süd-Kommission wurde die Zahl der an Unterernährung Leidenden auf 500 bis 600 Millionen geschätzt. Der Eindruck einer obszönen Entsetzlichkeit wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß die Institute – auch die Ministerien und internationalen Organisationen – nicht in der Lage sind, einigermaßen genaue und übereinstimmende Berechnungen zu unterbreiten. Nicht selten streiten sie miteinander, wo es um die Ausmaße des Leidens geht. Oder sie bescheren uns »beruhigende« Hinweise wie diesen, daß die Zahl der Hungernden eher stagniere, obwohl doch die Weltbevölkerung weiterhin stark anwachse.

Wenn man vom Begriff der »absoluten Armut« ausgeht, von dem noch die Rede sein wird, kommt man zu größeren Zahlen. Wir dürfen dennoch annehmen, daß in den letzten Jahren – trotz neuer Hungersnot in Afrika und trotz der Auswirkungen der internationalen Schuldenkrise – weltweit nicht *alles* noch schlimmer geworden ist.

Und ich wüßte nicht, warum ich nicht schon an dieser Stelle festhalten sollte, daß es in diesen letzten Jahren, vor einem im

ganzen düsteren Hintergrund, auch Zeichen von Ermutigung gibt. Große Anstrengungen in und mit vielen Entwicklungsländern sind nicht ganz erfolglos geblieben. Es lohnt sich, an Vorhaben der Entwicklungshilfe und der Nord-Süd-Zusammenarbeit mitzuwirken und teilzunehmen. Ich habe mich durch eigenen Augenschein davon überzeugen können, daß nicht nur alles immer noch schlimmer geworden ist. Es gibt eindrucksvolle Zeichen für Veränderungen zum Besseren:

- Indien kann sich mittlerweile selbst ernähren und wird nicht mehr durch regelmäßig wiederkehrende Hungersnöte geplagt; was noch nichts daran ändert, daß es dort weiterhin bettelarme Massen gibt, die an Nahrungsmangel und vermeidbaren Krankheiten leiden.
- In China haben eine Milliarde Menschen genügend zu essen; früher waren Hungersnöte an der Tagesordnung.
- In Südostasien – in Stadtstaaten wie Singapur und Hongkong, Ländern wie Südkorea, Taiwan, Malaysia – ist eine industrielle Explosion vonstatten gegangen, die ihre objektive Bedeutung auch dort behält, wo soziale Reformen erheblich zu kurz gekommen sind. In einigen Ländern der Region sind offensichtliche Fortschritte auch in der Versorgung mit Nahrungsmitteln erzielt worden.
- Lateinamerika, durchweg auf einer fortgeschritteneren Entwicklungsstufe als die anderen Regionen der Dritten Welt, durchläuft einen Prozeß deutlicher, doch höchst anspruchsvoller Erneuerung. Man fragt sich, ob die neuen Demokratien mit dem auf ihnen lastenden Schuldendruck fertigwerden können. Oder auf welche Weise man mit extremen Widersprüchen fertigwerden will; Brasilien zum Beispiel ist auf Platz zehn der Industriemächte vorgerückt und exportiert Nahrungsmittel in großem Umfang, während Millionen seiner Menschen in bitterster Armut leben.

Gravierende Ungereimtheiten begegnen uns ständig in der Dritten Welt und im weiten Bereich der Nord-Süd-Beziehungen. Während ich dies schreibe, ist nicht zu erkennen, wie die beiden Supermächte auf dem Wege seriöser Verhandlungen vorankommen wollen. Ich kann nicht sehen, daß man sich an

den Machthebeln der Politik entschlossen auf zukunftssträngige Lösungen der Hunger-, Schulden-, Beschäftigungs- und Handelskrisen zubewegt. Die Umweltkrise kommt hinzu. Die Frage nach dem Überleben bleibt offen.

2. Rascher, weltweiter Wandel

Vor gut zwanzig Jahren hatte ich, nicht zum ersten-, auch nicht zum letztenmal, über die internationale Lage zu sprechen; die Welt ändere sich mittlerweile in einer Generation stärker als früher im Lauf von Jahrhunderten, stellte ich fest. Das war kaum so gewagt, als daß ich mir den Vorwurf der Übertreibung eingehandelt hätte.

Im eigenen Land, auch mancherorts sonst in diesem Teil der Welt, gehört das neue Selbstbewußtsein der Frauen und gehörten vernehmbare Schritte hin zu gesellschaftlicher Gleichheit zu den tiefgreifenden Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Mehr als früher wird nach Rückständigkeit – wirtschaftlich, sozial, kulturell, rechtlich, politisch – in anderen Teilen der Welt gefragt. Auch wenn man oberflächliches Gerede abzieht, bleibt übrig, daß die Rolle der Frauen im Prozeß der Entwicklung größere Beachtung findet. Mir scheint, das hat geschichtliches Gewicht.

Führen wir uns vor Augen, mit wie wesentlichen Einschnitten wir es auch sonst seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun haben:

- Die Zahl der selbständigen Staaten, die zu den Vereinten Nationen zählen, hat sich verdreifacht; aus 51 UN-Mitgliedern wurden 159 (das Sultanat Brunei steht in meiner Übersicht an bisher letzter Stelle).
- Die alte Kolonialherrschaft wurde – bis auf Restbestände – überwunden; hiervon zeugt die große Zahl der politisch unabhängig gewordenen, insoweit »souveränen« Staaten; eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit handelt davon, daß die neuen Staaten (manche mit einer reichen Vergangenheit, andere mit den eher willkürlichen Grenzen, die fremde Herren zogen) um ihre wirtschaftliche Dekolo-

nialisierung ringen – oder auch um ihre bloße Lebensfähigkeit.

- Die Weltbevölkerung verdoppelte sich auf 4,8 Milliarden.
- Das statistisch erfaßte »Sozialprodukt« der Welt (also die Summe der in den Staaten bzw. Volkswirtschaften erzeugten Güter und erbrachten Leistungen) erhöhte sich auf das Vierfache, so auch der Verbrauch an Energie.
- Der Abstand zwischen Arm und Reich ist bestehen geblieben, hat sich zum Teil noch verbreitert, doch die Trennungslinie deckt sich nicht mit der zwischen Entwicklungs- und Industrieländern; es mangelt an deprimierender Armut im Norden so wenig wie an provozierendem Überfluß im Süden.
- Gewaltigen Errungenschaften von Wissenschaft und Technik stehen dicke Minuspunkte gegenüber; natürliche Ressourcen werden geplündert, und dabei tritt die Zügellosigkeit eines Wirtschaftens ans Licht, das zu sehr an eng verstandenem Gewinninteresse – oder an bürokratisch-wirklichkeitsfremden Planzielen – orientiert ist.
- Die Nutzung der Kernenergie ist Wirklichkeit geworden, hat aber nicht gebracht, was man sich von ihr versprochen hatte; die Probleme der Entsorgung sind nicht gelöst. Die militärische Nutzung kann unermesslichen Schaden heraufbeschwören, falls die Theorien der Abschreckung oder die Nerven beteiligter Personen oder die Zuverlässigkeit von Rechenmaschinen versagen.
- Nachdem 1957 ein unbemannter (sowjetischer) Satellit um die Erde zu kreisen begann und 1969 eine bemannte (amerikanische) Fähre auf dem Mond gelandet war – man erinnere sich, welche Frage mein nepalesischer Freund mit diesen Vorgängen verband –, wurde 1983 zum erstenmal ein von Menschen gefertigter Apparat dazu gebracht, das Sonnensystem zu verlassen. Inzwischen ist die Militarisierung des Weltraums in Gang gekommen und hat zusätzliche Unsicherheit ausgelöst.
- Während sich Ost-West-Konflikt und Nord-Süd-Probleme mischen, hat der Rüstungswettlauf der Supermächte in wei-

ten Teilen der ursprünglich nicht betroffenen Welt Ausdehnung, Begleitung und Nachahmung gefunden.

- Allen Fortschritts von Wissenschaft und Technik, von Wissensverbreitung und Partizipation zum Trotz sind die einzelnen Staaten oder die Staatenwelt ihrer politischen, wirtschaftlichen oder auch ökologischen Schwierigkeiten nicht Herr geworden. Ob Wettrüsten oder Welthunger, ob Umwelt oder Energie, ob Arbeitslosigkeit oder Unterversorgung, überall begegnen wir Prozessen, die sich vernünftiger Beeinflussung zu entziehen scheinen.

Eine meiner Ausgangsthesen bleibt dennoch, daß auf mittlere und längere Sicht mehr parallele oder gemeinsame Interessen zwischen Nord und Süd bestehen – auch zwischen Ost und West, zumal bei uns in Europa –, als die meisten bisher haben erkennen können. Das sollte mit dem Schielen nach kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteilen nicht verwechselt werden.

Die andere These ist, daß ein rascheres Tempo der Entwicklung im Süden auch den Menschen im Norden zugute kommt. Diese Aussage ist viel kritisiert worden, weil ihr angeblich ein »keynesianisches« Weltbild zugrunde liegt. Indessen geht es bei diesem Einwand gar nicht um Wirtschaftstheorie, sondern um eine andere Spielart des Versuchs, drängende Probleme wegzureden und eine Form des internationalen Umgangs zu verteidigen, bei der der Schwächere auf der Strecke bleibt. Man muß indessen nicht auf den guten Lord Keynes und dessen Beiträge zur Krisenlösung in überschaubaren Bereichen zurückgreifen, um deutlich zu machen, daß sich die Weltregionen eine egoistische, scharf gegeneinander gerichtete Welt-Wirtschaftspolitik nicht mehr lange werden leisten können. Die globalen Gefahren wachsen, und es ist dringend anzuraten, sie aus ökonomischen Kalkulationen nicht auszuklammern.

Jedenfalls gibt es ein klares, wirtschaftstheoretisch keineswegs interpretationsbedürftiges Interesse daran, daß die Industrieländer ihre ökonomische, zumal auch landwirtschaftliche Verflechtung mit anderen Teilen der Welt verstärken. Jede auch nur mittelfristig taugliche Berechnung führt zu diesem Ergebnis.

Zu den gewandelten Verhältnissen gehört, daß die auch früher schon so genannte Weltwirtschaft zum erstenmal in der Geschichte weltumfassend geworden ist, wenn auch noch nicht so eindeutig wie die Technik. Doch während wir eine Internationalisierung des wirtschaftlichen Geschehens feststellen können, bleiben viele Staaten von den Entscheidungen ausgeschlossen. Die Eigenheiten der »Systeme« kommen hinzu. Über Vorgänge von weltwirtschaftlicher Bedeutung wird weiterhin von denjenigen Staaten entschieden, in denen wirtschaftliche und finanzielle Macht angesiedelt ist. Den Anachronismus, »national« entscheiden zu wollen, was sich so nicht mehr entscheiden läßt, leistet man sich weiterhin sogar in der Europäischen Gemeinschaft.

Ich wage nicht, darüber zu streiten, wie weit die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten seit Anfang der siebziger Jahre auch auf die sich so schlecht entwickelnden Nord-Süd-Beziehungen zurückzuführen sind. Nirgends wird bestritten, daß die Ölpreiskrise weitreichende Wirkungen gehabt hat, nicht zuletzt auf das ökonomische Geschehen der nicht-erdfördernden Entwicklungsländer. Kein Zweifel auch, daß die Exportsteigerungen der neu-industrialisierten Entwicklungsländer auf manchen Märkten Probleme geschaffen haben. Doch niemand wird ernsthaft geltend machen wollen, die weltweiten wirtschaftlichen Verwerfungen der letzten zehn, zwölf Jahre – im Hinblick auf Währungsstabilität, Wachstum, Beschäftigung, internationalen Handel – seien anderweitig festzumachen als in den Zentren, von denen schon die große Krise der dreißiger Jahre ausgegangen war.

Als einer, der das vorige Mal erlebt hat, wohin es trieb, frage ich: Wer will eigentlich wissen, ob die Krise der achtziger Jahre besser als die der dreißiger Jahre überwunden werden wird? Über dreißig Millionen Arbeitslose in den westlichen Industrieländern sind kein Pappenstiel. Die Zahlen, in die man absolute Armut faßt, können ein normales Gemüt nur in Schrecken versetzen. Hinweise auf den Tiefgang des strukturellen Wandels können zumindest etwas vom Ernst der zu bewältigenden Problematik vermitteln. Aber es ist nicht zu erkennen, wie man

die Zusammenhänge zwischen Finanz-, Handels-, Rohstoff- und Nahrungsmittelfragen in den Griff bekommen will.

Gewiß, die wirtschaftliche Lage stellte sich 1984–85 etwas besser dar als noch ein paar Jahre zuvor, mit bemerkenswerter Belebung in den USA, auch in Kanada und Japan, weniger in Europa. Für die ärmeren Länder wurde keine Entwarnung gegeben, viele von ihnen erfuhren Stagnation und Rückentwicklung. Und vielerorts fragte man sich, wann mit der nächsten amerikanischen Rezession zu rechnen sei. Inzwischen war mit Sorge zu beobachten, in welchem Umfang die Vereinigten Staaten ihre Haushaltsdefizite durch »Bluttransfusion« finanzierten und welcher ungünstiger Einfluß von den damit verbundenen hohen Zinssätzen ausging. (Im Frühsommer 1984 konnte eine der großen Banken in den USA nur mit Mühe und Not vor dem Zusammenbruch gerettet werden.) Welthandel und Konjunktur würden 1985–86 deutlich an Schwung verlieren, hieß es in einer der normalerweise nicht so schlechten Prognosen des Internationalen Währungsfonds. Aufgrund meiner Erfahrung kann ich im übrigen nur dazu raten, sich durch Propheten in Sachen Weltwirtschaft nicht bluffen zu lassen.

Die Zahl der Bürger hat zugenommen, die sich einige einfache Einsichten nicht mehr ausreden lassen, zum Beispiel

- daß ein weltweit rasanter Anstieg der Rüstungsausgaben fast zwangsläufig von wirtschaftlichen Rückschlägen und sozialen Einbußen begleitet ist – auch, wenn es einer großen Macht zeitweilig gelingen mag, anderen die ihr selbst zustehenden Steine um den Hals zu hängen;
- daß das internationale Währungssystem aus diesem Grund und deshalb aus den Fugen geraten ist, weil es an eine gründlich veränderte Struktur des Staatensystems nicht hinreichend angepaßt wurde;
- daß auch in den Industrieländern mehr Beschäftigung geschaffen werden könnte, wenn es endlich gelänge, die finanztechnischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ungedeckter Bedarf im »Süden« mit eigenen überschüssigen Kapazitäten zusammengeführt wird;
- daß es zu unerträglichen Belastungen auch der Industrielän-